

## **Antrag**

**der Abgeordneten Ulla Jelpke, Petra Pau und der Fraktion der PDS**

### **Sofortiger unbefristeter Abschiebestop für Flüchtlinge in die Türkei**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,  
einen sofortigen, unbefristeten und bedingungslosen Stop der Abschiebungen in die Türkei zu erlassen.

Bonn, den 27. Januar 1999

**Ulla Jelpke**  
**Petra Pau**  
**Dr. Gregor Gysi und Fraktion**

#### **Begründung**

Während die europäischen Regierungen einvernehmlich die Einhaltung der Menschenrechte in der Türkei und eine politische Lösung der Kurdistanfrage fordern, haben sich in den letzten Monaten der Krieg und die Menschenrechtssituation dort weiter verschärft. Während die kurdische Seite seit Anfang September einen einseitigen Waffenstillstand verkündet hat, nehmen die Aggressionen des türkischen Militärs unvermindert zu. Die kurdischen Provinzen der Türkei, insbesondere die Provinz Dersim, wurden in den letzten Monaten von türkischen Jagdflugzeugen systematisch bombardiert – jeden Tag mehren sich die Meldungen über Tote und Verletzte. Alleine in Dersim sind heute mehr Soldaten stationiert, als der Provinz an Einwohnern noch verblieben sind. Seit Mitte August werden in Istanbul und anderen Großstädten des Landes die Angehörigen der in Polizeihaft „Verschwundenen“ – die „Samstagsmütter“ – allwöchentlich mit Polizeigewalt daran gehindert, öffentlich Aufklärung über das Schicksal ihrer Angehörigen zu fordern. Wie auch zahlreiche Angehörige des Menschenrechtsvereins IHD werden sie dabei regelmäßig verhaftet und geschlagen. Seitdem Abdullah Öcalan vor zwei Monaten in Rom eintraf, hat die türkische Regierung im Einklang mit den staatstragenden Medien die Jagd auf

die Befürworter eines Friedensprozesses eröffnet. Systematisch werden Mitglieder des IHD öffentlich als verlängerter Arm der PKK denunziert, und damit wird ein Klima geschaffen, in dem bereits im Mai nach einer ähnlichen Kampagne der IHD-Vorsitzende A. B. Opfer eines Mordanschlages wurde, den er nur knapp und schwerverletzt überlebte. Der noch immer nicht völlig Genesene soll in Kürze eine zweijährige Haftstrafe antreten – für zwei Reden, in denen er zu einer politischen Lösung des Konfliktes aufrief.

Während der Monate November und Dezember 1998 brachen die Verhaftungswellen sämtliche Rekorde seit dem Militärputsch von 1980. Nach Angaben des Menschenrechtsvereins war Ende November die Zahl der festgenommenen Kriegsgegner bereits auf 3064 Personen angewachsen – die Mehrzahl von ihnen Mitglieder der prokurdischen Demokratischen Partei des Volkes, HADEP. Fast alle HADEP-Büros wurden, ebenso wie die Redaktion der prokurdischen Tageszeitung Ülkede Gündem, zerstört oder geschlossen. Zwei der Inhaftierten, H.C. und M. Y., wurden im Zuge ihrer Verhaftung von der Polizei totgeschlagen.

Haftbefehl erlassen wurde auch gegen den Vorsitzenden der Partei, M. B., der bereits einen großen Teil des letzten Jahres hinter Gittern verbracht hat. Gegen ihn sind Verfahren anhängig, die ihn bis zu 22 Jahren hinter Gitter bringen können. Die erneute Inhaftierung von B. geht auf einen Aufruf unter dem Titel „Unser Ziel muß Frieden sein!“ zurück, mit dem er Mitte November öffentlich erklärte: „Das kurdische Problem ist ein Problem aller, die in der Türkei leben. Es ist das Problem von uns allen. Eine friedliche und demokratische Lösung dieses Problems ist eine Notwendigkeit. Wir müssen Anstrengungen unternehmen, jegliches weitere Leiden zu verhindern, und jene Bedingungen schaffen, die nötig sind, daß 62 Millionen Menschen gleichberechtigt und frei zusammenleben können.“

Außenpolitisch hat die neue Bundesregierung die Einhaltung der Menschenrechte in der Türkei längst zu einem vorrangigen Ziel erklärt. Der Bundesminister des Auswärtigen, Joseph Fischer, wies die Deutschen Botschaften an, sich für Menschenrechtler und Dissidenten zu öffnen. In der Flüchtlingspolitik hat sich dieser neue Kurs bisher nicht niedergeschlagen. Seit geraumer Zeit fordern Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen einen Stop der Abschiebung von Flüchtlingen in die Türkei. Nicht nur im seit einem Jahr andauernden Wanderkirchenasyl müssen von Folter Bedrohte weiterhin täglich ihre Abschiebung befürchten. Es ist an der Zeit, diesen Abschiebestop ohne weiteren Zeitverzug anzuordnen und zu vollziehen.